

Danziper Zeitung.

Nr. 18853.

Die „Danziper Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Interate kosten für die sieben gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Neum 20 Pf. — Die „Danziper Zeitung“ vermittelt Informationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

Telegramme der Danziper Zeitung.

Köln, 16. April. (Privattelegramm.) Der Frostschaden der Landwirtschaft wird allein für den Landkreis Köln auf zwei Millionen angegeben. Der landwirtschaftliche Verein für Rheinpreußen wird beim Ministerium beantragen, in diesem Jahre den Landwirthen seines Bezirks die Grundsteuer ganz zu erlassen.

Lissabon, 16. April. (Privattelegramm.) Der portugiesische Lieutenant Frere soll im Manicland von Agenten der englischen Südafrika-Gesellschaft gefangen genommen sein und die Regierung deshalb schon eine Protestnote nach England gerichtet haben.

Paris, 16. April. (Privattelegramm.) Die „France“ meldet, der Zar erwischte im Herbst oder im nächsten Frühjahr bestimmt nach Paris kommen.

Die Gründer der Elementarbörs, welche 800 000 Francs, größtenteils Geistlichen gehörig, unterschlagen hatten und geflüchtet waren, sind verhaftet worden.

Der Gemeinderath von Ajaccio hat es abgelehnt, bei der Regierung die Ueberführung der Leiche des Prinzen Jerome Napoleon nach Corsica zu befürworten.

Paris, 16. April. (Privattelegramm.) Großfürst Michael hat die Erlaubnis erhalten, zum Begräbniss seiner Mutter Feodorowna nach Petersburg zu kommen.

Marseille, 16. April. (Privattelegramm.) Seit gestern Nachmittag brennt ein großes Petroleumdepot. Das Lager ist gegenwärtig ein riesiges Flammenmeer. Die gegenüberliegende Häuserreihe ist, da ein Sturm wütet, gefährdet.

Belgrad, 16. April. (Privattelegramm.) Falls Bulgarien keine befriedigende Erklärungen bezüglich seiner (angeblichen) Rüstungen giebt, wird Serbien eine Protestnote an die Mächte richten.

Politische Uebersicht.

Danzig, 16. April.

Die Wahl im 19. hannoverschen Wahlkreise

steht heute im Vordergrunde des Interesses. Das Resultat steht vor nach den bis zur Stunde uns vorliegenden Nachrichten noch nicht vollständig fest; es ist aber sicher, daß es zur Stichwahl kommt, und zwar zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Sozialdemokraten Schmalzfeld. Ein Telegramm aus Geestemünde von heute Morgen 11 Uhr besagt:

Aus 54 Bezirken ist das Resultat bekannt. Darnach hat Bismarck 5197, Adloff (freil.) 1953, Plathe (Welse) 2246, Schmalzfeld 3490 Stimmen erhalten. Achtunddreißig Bezirke fehlen.

Dieses Resultat, daß es zur Stichwahl zwischen Bismarck und dem Sozialdemokraten kommt, ist nicht überraschend. Es entspricht der Wahrscheinlichkeitsberechnung, die man auf Grund der Resultate der vorigen Wahl anstellen konnte. Überraschend ist dagegen die verhältnismäßig geringe Stimmengzahl, die Fürst Bismarck auf sich vereinigt hat. Sie ist, wie es scheint, geringer, als diejenige, die am 20. Februar 1890 der frühere Mandatsinhaber Gebhard auf sich vereinigte. Damals war das Stimmverhältnis folgendes:

Nat.-Lib. Freisinnige Sozialdem. Welsen
Hauptwahl 8086 1798 4888 2332
Sichwahl 13 722 — 6255 —

Die Freisinnigen haben hier nach einigen Stimmzuwachs zu verzeichnen, die Welsen haben ihren Stand erhalten, die Socialisten wahrscheinlich auch etwas an Terrain verloren, trotz der von ihnen entfalteten außerordentlichen Rührigkeit. Die Zahl der Stimmberechtigten beträgt nahezu 30 000. Die Wahlbeteiligung scheint also trotz des Kampfes um Bismarcks Kandidatur keine besonders große gewesen zu sein. In der Stichwahl dürfte der Sieg des Fürsten Bismarck kaum ausbleiben.

Verlängerung der Tripelallianz.

Jetzt bestätigt auch die „Post“, daß eine Verständigung über die Erneuerung bzw. Verlängerung des Bündnisvertrages mit Italien,

Stadt-Theater.

Herr Wenzhaus, der Tenorbuffo der Gaison, hatte sich den „Feldprediger“ zu seinem Benefiz ausersehen, und hatte sich in der Rolle des „Mannes mit den vier Seelen“ (dieser Einfall ist der einzige geistreiche in dem Text) aller wünschenswerthen Beweise der Anerkennung und Sympathie des Publikums zu erfreuen, welchem er als ein fleischer und gewandter Künstler von angenehmer Erscheinung bekannt und lieb geworden war. Die Direction hatte wie früher das Stück reich und fein ausgestattet, und die Regie alles Erforderliche gethan, um die Massenversammlungen und die in bekannter Richtung wirkungsvollen Massenaufzüge geschickt und fest zu arrängen. Gespielt wurde auch höchst stott und draufisch; Herr Wenzhaus gab den Piffo mit wohlgewählter kleinstädtischer Schwefälligkeit, unterhaltend und nicht zu possehaft, nach den musikalischen Geiste gleichfalls erfolgreich: das Traumlied im 3. Akt ward da capo verlangt. Herr Bing bot als Bürgermeister alle seine komische Kraft auf, die uns leidlich durch das Stück

wenn auch nicht in der Form, so doch in der Sache erzielt sei. Der Streit darum, ob Verhandlungen stattfinden oder nicht, ist ein Streit um Worte; nicht Verhandlungen, sondern wie man das im diplomatischen Sprachgebrauch nennt, Bourparlers finden statt, die sich auf un wesentliche Modifizierungen der Verabredung beziehen. Bei der Erörterung der auswärtigen Lage kann man also die Möglichkeit einer Lösung Italiens von dem deutsch-österreichischen Bündnis unberücksichtigt lassen.

Die Landgemeindeordnung.

Im Abgeordnetenhouse wurde gestern die zweite Lesung der Landgemeindeordnung um ein gutes Stück vorwärts gebracht, nämlich bis zum § 118, so daß die begründete Aussicht besteht, daß heute schon die zweite Lesung zum Abschluß kommt. Freilich ist auch heute wieder sehr viel auf die dritte Lesung verschoben worden; die meisten gestrichenen Abstimmungen sind nur als provisorische zu betrachten.

Während nun die „Kreuztg.“ sich immer noch gebehrdet, als ob die Conservativen im Abgeordnetenhouse das Jünglein an der Wage der Landgemeindeordnung in der Hand hielten, hat Minister Herrfurth sehr zur Überraschung der Herren v. Rauchhaupt und Genossen gelegentlich einer Abänderung der Vorlage, über welche die Conservativen sich erst bei der dritten Lesung schlußig machen wollten, auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Verhandlung zu beschleunigen und die dritte Berathung nicht zu sehr zu belasten, damit die Vorlage noch in diesem Monat im Herrenhouse zur Berathung komme. Das Herrenhaus tritt bekanntlich am 23. d. M. zusammen, zunächst zur Berathung der Steuergesetze. Aber da das Haus sich die Einschaltung einer Commission für die Landgemeindeordnung bis zur ersten Berathung derselben vorbehalten hat, so würde die Aussicht, die Vorlage noch in dieser Session zu erledigen, ganz zurücktreten, wenn die erste Berathung nicht schon bei dieser Zusammenkunft des Herrenhauses erfolgen könnte. Es ist also natürlich, daß Minister Herrfurth Gile hat, aber seine Bemerkung beweist zudem, daß er sich den Conservativen des Abgeordnetenhauses gegenüber sicher fühlt, was mit unserer Meldung übereinstimmt, daß die Stimmung im Herrenhaus der Vorlage günstiger ist, als man bisher angenommen hat.

Der Reichstag

hat, wie bereits gemeldet, gestern zwei Sitzungen auf einmal gehalten, da die erste kurz nach 2 Uhr Nachmittags geschlossen werden mußte, weil bei der Abstimmung über an sich unwichtige Anträge die latente Befluktfähigkeit wieder einmal ans Licht gebracht wurde. In der ersten Sitzung drehte sich die Verhandlung fast ausschließlich um die Anhörung der Arbeiter über die Fabrikordnung. Die Vorlage hat bekanntlich von der obligatorischen Einführung ständiger Arbeiterauschüsse Abstand genommen; insofern müssen sie über die Arbeitsordnung gehörig werden. Das gab denn den Sozialdemokraten einerseits und den ausschließlichen Vertretern der Arbeitgeberinteressen andererseits Anlaß zur Opposition; den ersten genügte die bloße Anhörung der Arbeiterausschüsse nicht, die letzteren wollten die Arbeitgeber nicht verpflichtet wissen, die Arbeiterausschüsse zu hören, was ihnen seitens der Sozialdemokraten den schönen Titel von Fabrikpashas eintrug. Nach Erledigung der weiteren auf die Fabrikarbeiter bezüglichen Bestimmungen machte das Haus bei den wichtigen Bestimmungen über die Kinder- und Frauenarbeit in Fabriken Halt.

Zur Zuckertaxefrage

schrifft uns unser Berliner Correspondent von gestern Abend:

Während eine Abendzeitung wiederholt, die Regierung habe sich mit dem sog. Compromißanfrage der Industriellen über das Zuckertaxegesetz einverstanden erklärt, wurde in parlamentarischen Kreisen heute im Gegentheil versichert, diese Zustimmung stehe noch aus und sei für's erste auch nicht zu erwarten. Man hält es unter diesen Umständen nicht für ausgeschlossen, daß auch die zweite Berathung der Vorlage ebenso wie die Commissionsverhandlung in den streitigen Punkten: Höhe der Consumsteuer und Höhe und Dauer der festen Prämien ergebnislos bleibt und daß zunächst ein positiver Beschluß nur über die Befreiung der Rübensteuer zu Stande kommt.

hindurch oder darüber hinweg bringen konnte. Frau v. Weber spielte die Minna im höflichen wie im hübschen ausgezeichnet; ihre Bürger Tochter aus dem zweiten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts ist eine von all den Unmöglichkeiten des Glücks lieblich ablenkende Erscheinung. Fräulein Calliana gab die andere Schwester im 2. Akt ansprechend und gewandt; im 3. Akt macht sie uns die packende Ausführung des Couplets „Wir sind faktisch immer praktisch“ durch Fräulein Bendel nicht vergessen, war in dem Duett aber drollig genug. Den Heiligvogel gab Herr Dunde, der noch ziemlich stark verschnupft, nicht deutlich sprechen konnte, und den Rühnwaldt Herr Pejoldt, der etwas deutscher sprach als sonst. Jede größere Gesangsaufgabe hat der Componist den Beiden oder fach erwart.

Wir haben unseren Standpunkt der Operette als keineswegs den der prinzipiellen Verwerfung neuerdings erst dargelegt, und über den „Feldprediger“ früher mehrfach unser Urtheil ausgesprochen. Wir vermögen uns damit nicht ausgleichen, das Stück ist in seinem Genre nichts wert, nicht wegen seiner Scherze (obwohl auch sie des-

Aber das würde gerade genügen, um eine Unterlage für die dritte Berathung zu bieten, in der dann vielleicht doch noch ein annehmbarer Be schluss zu Stande kommt, vorausgesetzt, daß die Regierung an der Grundlage ihrer Vorlage festhält.

„Jede Zollermäßigung unannehmbar!“

Die „Nordde. Allg. Ztg.“ hat sich vor einigen Tagen mit grossem Nachdruck gegen die Gegner eines deutsch-österreichischen Tarifvertrages gewendet; sie gibt ihnen Schulz, das bewährte Princip des Schutzes der nationalen Arbeit zu gefährden, indem sie jede Abmilderung des bestehenden Zolltarifs als freihändlerische Belastung bekämpfen, ohne sich irgend um die bevorstehenden handelspolitischen Urmätzungen und ihre möglichen Folgen zu kümmern. Die Regierung habe dieses Princip niemals dahin verstanden, daß die Ermäßigung unserer gegenwärtigen Zölle überhaupt für indiscutabel zu erklären sei. Das Organ der schutzhöllnerischen Eisenindustriellen, die „Rhein-West. Ztg.“, giebt darauf eine offene Antwort, indem sie erklärt, daß für die Vertreter der nationalen Wirtschaftspolitik jede Ermäßigung der landwirtschaftlichen Zölle unannehmbar ist. Den Freunden einer versöhnlichen Handelspolitik kann diese Erklärung nur recht sein; die schroffe Zurückweisung jeder Ermäßigung der landwirtschaftlichen Schutzzölle seitens der „nationalen“ Wirtschaftspolitiker wird die Tage des bestehenden Systems wesentlich abkürzen helfen.

Die Dreithellung in Ostafrika.

Über die beabsichtigte Vertheilung des Thätigkeits-Gebiets der drei Commissarien für Ostafrika wird dem „Hannov. Cour.“ geschrieben: „Dr. Peters wird allerdings Usambara und das Alimandscharo-Gebiet als Arbeitsfeld erhalten; zu seinen Aufgaben wird außer der Durchführung der Verwaltungsorganisation und der Förderung der Culturarbeiten auch die Leitung des von der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft geplanten Eisenbahnbau von Tanga nach Korogwe gehören, ohne welchen Eisenbahnbau Plantagenanlagen im inneren Usambara und am Alimandscharo sich nicht würden rentieren können. Major v. Wischmann dagegen wird, wenn wir recht unterrichtet sind, nicht das Victoria-Nyanza-Gebiet, sondern den südlichen Theil von Deutsch-Ostafrika erhalten. Das Victoria-Nyanza-Gebiet — für den Augenblick wohl das wichtigste von den drei — soll Dr. Emin Pasha zufallen, der bekanntlich schon seit längerer Zeit im deutschen Reichsdienste am Nyanza und am nördlichen Tanganika thätig ist, und der es ohne Zweifel als eine seiner Hauptaufgaben betrachten wird, die von ihm als für Deutsch-Ostafrika so ungemein wichtig betonten Handelsbeziehungen zu den Gebieten am nördlichen Victoria-Nyanza, namentlich zu Uganda, zu pflegen.

Die belgische Verfassungsrevision.

Die Centralsection der belgischen Kammer trat gestern Nachmittag abermals zur Prüfung der Frage der Revision des Wahlrechts zusammen und beschäftigte sich mit den in einer Versammlung der Rechten beschlossenen Resolutionen betreffend das Erforderniß einer gewissen Capacität zur Ausübung des Wahlrechts. Danach lehnt die Rechte das Capacitätswahlrecht ab, ausgenommen für solche Personen, die Universitätsdiplome besitzen. Indessen erklärten sich mehrere Mitglieder der Rechten bereit, für ein beschränktes Capacitätswahlrecht zu stimmen, wenn man nachzuweisen vermöge, daß dadurch die Zahl derjenigen Wähler vermehrt werde, die auf Grund des Besitzes einer eigenen Wohnung und des auf 10 Francs herabgesetzten Census das Wahlrecht erhalten, und wenn ferner die Linke dieses Unverständnis für wichtig und zur Herbeiführung einer Verständigung geeignet erachte. Janpon trat der von Frère-Orban beantragten sofortigen Abstimmung entgegen und verlangte die Fortsetzung der Debatte, da er überzeugt sei, daß dieselbe zu einem zufriednenden Volum führen werde. Die Centralsection vertagte sich bis Freitag, um von einem Protokoll Kenntniß zu nehmen, welches constatirt, daß die Mitglieder der Centralsection in Betreff des Alters von 25 Jahren, der Heraabsetzung des Census auf 10 Francs, und des Besitzes einer eigenen Wohnung sich mit einander in Übereinstimmung befinden.

Wihes und allen feineren Humors entbehren, und alles auf die stellenweise zwar nicht unamüsante Posse hinausläuft, sondern eben wegen der ernsthaften und heiligen Dinge, die es in den Mummenzänk hinabzieht: das Tischgebet, das geistliche Wort und den Priester, der hier das Wort allzu wahr macht „ce n'est pas un état, c'est un costume“; ferner das Vaterlandsgefühl, und zwar aus der Zeit seines heiligsten Auflammens in den Jahren 1813—15. Wir hören Worte wie „Freiheit oder Tod“ auf eine Jahrmarktsmelodie gesungen. Keine unzweifelhafte Lascivität in „Tatinza“ oder im „Geacadett“ wirkt so obstösend und nachtheiliger ein, als diese Zweideutigkeit des Gesetzes — wie ist es widerwärtig, den protestantischen Prediger wie einen Moslem mit Salem aleikum in ein fremdes Haus hereintreten und ihn die noch nicht einmal katholische Arie begegnen alter vor ihm dulden zu sehen! Und welche Lockerheit in der Verknüpfung der Scenen man auch der Operette einräumen mag; aber was auf der Bühne zusammen erscheint und vorgeht, müßte doch mitsammen menschenmöglich sein. Wie sollen

Eine heitere Verspottung der französischen Hochschulzöllner, welche auch für die Schutzzöllner politisch manches anderen Landes trifft, brachte vor kurzem der „Figaro“ in einem Artikel, in welchem es u. a. heißt: „Der Generalberichterstatter für den Zolltarif, Herr Meline, hat ein wirtschaftliches Ideal: die Vertheuerung. Um groß und stark zu sein, muß ein Volk fast Hungers sterben, und um es fast Hungers sterben zu lassen, braucht man es nur durch Zölle zu schützen. Unter „Schützen“ versteht Herr Meline, daß die nothwendigen Verbrauchsartikel zu einem solchen Preise producirt werden müssen, daß sie niemand mehr verbrauchen kann. Das ist das ganze System. Das System des Herrn Meline funktionirt bereits recht flott, Herr Meline constatirt es mit enthusiastischer Freude. Er constatirt zum Beispiel, daß dank seiner Thätigkeit in Frankreich das Auto Brod um 13 Cts. theurer ist als in Deutschland und in Belgien. Bewunderungswürdiges Resultat, das nicht vereinzelt bleiben wird! Denn das Brod muß im Preise steigen, alles muß im Preise steigen, sonst würden wir essen, uns kleiden, uns häuser bauen können; und es ist bewiesen, daß ein mit dem Unentbehrlichen, oder nahezu Unentbehrlichen verforges Volk nicht ein Volk ist, welches der Aufmerksamkeit der Geschichte würdig wäre. Herr Meline verhehlt sich nicht, daß er mächtige Gegner hat; die Eisenbahnen, die Canäle, die Häfen, den Telegraph, das Telefon, alle jene modernen Hilfsmittel des Handels und des Weltverkehrs. Und was wird nicht noch erfunden werden? Was wird nicht jene destructive Wissenschaft erfinden, welche täglich der Thätigkeit des Menschen und seiner Verbesserung über die Welt neue, unbegrenzte und schußwürdige Aussichten eröffnet? Der Traum des Herrn Meline wäre, daß es nichts von alledem gäbe und daß eine unsterbliche Mauer das künftig gegen alle Handelsattentate des Auslandes geschützte Frankreich umschließen. Keine Eisenbahnen mehr, die Canäle zugeschüttet, die Häfen geschlossen, der Telegraph zerstört! Die Landstrassen erscheinen Herrn Meline als ein übermäßiger, aber allenfalls noch erträglicher Fortschritt, obwohl sie doch einen häflichen Zug von freiem Verkehr an sich haben, und das langsame Gefährt, welches sich ehemals daraus stöckend und in Pfählen versinkend bewegte, stellt das Maximum erleichterten Verkehrs dar, welches eine ihre wahren Interessen berücksichtigende Civilisation erträgt.

Sperre und Hungersnoth, das ist das Endziel der Bemühungen des Herrn Meline. In jener gesegneten Tage der Belagerung, da das Schutzzystem der Preußen so wunderbar funktionirt, da ein mageres Huhn 200 Frs. galt, da man das Brod mit Gold aufwog, da es kein Gas, keine Blumen, keine Kohle, nichts mehr gab! Welche reizende Aussicht und wie schade auch! Herr Meline, der ein so mutloser Mann ist, giebt die Hoffnung nicht vollständig auf, diese paradiesischen Tage glückseligen Schutzes mit allen ihren süßen Freuden wiederzusehen! Er begreift allerdings die Schwierigkeit, diese Wohlthäten auf ganz Frankreich auszudehnen, denn es wäre unbillig, wenn Paris immer allein derartig privilegiert sein sollte. Aber nachdem man das „Verdienst um die Landwirtschaft“ erfunden hat, kann man viel fertig bringen! Und wenn man den Bericht des Herrn Meline liest, erscheint das Traumbild einer Regierung unter ihm und Herrn Derouedel Nationalökonomie und Patriotismus im Bunde Krieg und Zollschutz! Und wenn die Pest noch obendrein dazu kommen wollte, so würde unser Glück vollkommen sein. Ja, unser Glück würde vollkommen sein und wir würden es verdient haben, und wenn es uns jemals zu Theil würde, so würden wir Unrecht thun, uns darüber zu beklagen. Kein Volk verlangt mehr geschützt zu werden als wir. Die geringste Freiheit verirrt und läuft uns Hände und Füße. Wir wissen nicht, was wir thun sollen und drehen uns auf derselben Stelle, verduft, zaudernd, gleich einem Blinden ohne Stock und ohne Hund, sobald uns ein wenig Licht entgegenschlägt. Man sollte meinen, daß wir Furcht vor der individuellen Initiative haben und daß wir unter allen Umständen Halseisen und Handschellen brauchen. Es ist für uns unmöglich, uns irgend etwas vorzustellen, ohne die schreckende Intervention des Polizisten oder eines anderen Beamten. Wir verlangen nicht allein, daß unser Handel geschützt, das heißt gesetzelt wird — wir verlangen auch, daß die Kunst, die Literatur, die Wissenschaft, selbst unsere Vergnügungen und Leidenschaften

denn aber im zweiten Akt zwei Menschen nach dem Abendbrod (statt zu Bett zu gehen, wie sie zweifellos thäten) auf ihren Stühlen schlafen, wo zwei — dann drei, vier laut sprechen und tanzen? Ebenso müßte sie nicht gegen historische Verhältnisse so arg verstehen, daß jeder ebenso klar wie im Falle der physischen Unmöglichkeit sieht: das kann nicht sein! z. B. binner einer Biertafelstunde preußische, russische, französische Einquartierung in einem Landstädtchen! Der Übermuth, den wir der Operette gönnen, den wir gern innerlich mitmachen, hätte anderswie dagebst Raum genug, sich zu entfalten. Die Musik enthält im ersten Akt einiges Geistreiche, bald aber versiegt die Erfindungskraft und wir kommen aus den leiernden Melodien, den peitschenden Rythmen nicht mehr heraus. Einen Verzehrungs-Standpunkt kann man nur in dem Gedanken finden: es ist da etwas im Demen, das Bedürfnis der zügellosen Erheiterung sucht eine neue Form neben der Spieloper und gebietet sich noch unbeholfen, gerath auch werst noch in unzarte Hände u. s. f. Dr. C. Fuchs.

schafsten die Wohlthaten des allgemeinen Schutzes erhalten, welches die Ohnmacht im Führen und Schaffen bedeutet und die menschliche Thätigkeit und Thatkraft lähmst. Wir beanpruchen Schutz gegen alles Verbrechliche oder selbst Angenehme, was uns passiert, gegen Wagen und Bettler, gegen Thermidor, Lohengrin und Paulus, gegen Welten und Hazardspiele. Wir können nicht zwei Sodritte auf den Strafe, durch die Gärten, an unsern öffentlichen Denkmälern entlang gehen, ohne auf Schuhstiefeln zu stoßen, auf denen das Wort „Verbot“ prangt, eine Folge unserer Vorliebe für das Schuhstiefel.

Nur für Eines beanspruchen wir keinen Schutz; das ist das Schuhstiefel des Herrn Melina und der Schuhzöllner, das mir das gefährlichste von allen zu sein scheint, weil es eine Prämie auf die Faulheit und auf den Schlendrian ist und die freie Initiative des Menschen tödet, durch die allein Völker leben, zu Größe und Kraft gelangen.

Die Zustände in Chile.

Der englische Botschafter in Lima hat an die dortige Zeitung „Comercio“ folgende Depesche geschickt: Der Triumph der Rebellen ist durch den 5. März entschieden. Der Präsident Balmaceda hat eine Menge von Soldaten, Kanonen, Flinten und Artillerie verloren. Nur wenige Soldaten und Offiziere entkamen. Die arbeitslose Bevölkerung ist schrecklich. Viele Flüchtlinge starben unterwegs auf dem Wege nach Iquique. Der Präsident Balmaceda erklärte den chilenischen Gesandten in Argentinien, Matta, und den chilenischen Gesandten in Frankreich, Autun, für Verräther, welch letzterer den Rebellen Regierungsgelder gegeben habe.

Aus Paris wird berichtet, daß Joachim Godon in wenigen Tagen in Paris oder London eintreffen werde, und zwar gesandt vom Präsidenten Balmaceda an die europäischen Regierungen. Sein wirklicher Zweck scheint zu sein: Erstens eine Anleihe zu Stande zu bringen, da der Präsident nachweislich fast mittellos ist; zweitens einige Schiffe zu kaufen, da der Präsident keine Seefahrtskräfte besitzt. Was den letzten Gegenstand anbelangt, so hat die Congrexpartei kürzlich ein Circular ausgegeben, in welchem sie den europäischen Mächten nahe legte, zu verhindern, daß Schiffe oder anderes Kriegsmaterial dem chilenischen Präsidenten ausgeliefert würden. Die europäischen Mächte sind deshalb wachsam gegen solche Bemühungen. Das Circular sagt, daß in Chile wie stets der Streit zwischen den Parteien geordnet werden sollte. Diesem Document ist wahrscheinlich die Weigerung der griechischen Regierung zuzuschreiben, ein für sie in Frankreich gebautes Kriegsschiff an den Präsidenten Balmaceda zu verkaufen. Was die Anleihe anbelangt, so wird die Congrexpartei, sobald Godon seine Geschäfte beginnt, ein Circular erlassen, daß sie selber die legale Versammlung ist, ohne deren Genehmigung verfassungsmäßig nichts geschehen kann, und daß sie keine ohne ihre Genehmigung contrahirte Schuld anerkennen wird. Man glaubt, daß dies genüge, um europäische Kapitalisten von der Darleihung neuer Geldmittel abzuschrecken.

Reichstag.

99. Sitzung vom 15. April.
Die zweite Berathung des Arbeiterschutzes wird fortgesetzt.

S 134d schreibt vor, daß vor dem Erlass einer Arbeitsordnung oder eines Nachtrags zu derselben den in der Fabrik oder in den Abtheilungen derselben beschäftigten großjährigen Arbeitern Gelegenheit gegeben werden soll, sich über den Inhalt derselben zu äußern. Für Fabriken, für welche ein ständiger Arbeiterausschuß besteht, wird dieser Vorschrift durch Anhörung des Ausschusses genügt.

Die Socialdemokraten (Auer und Gen.) beantragen, die letztere Bestimmung zu streichen.

Abg. Dreesbach (Soc.): Die Arbeiterausschüsse sind nicht geeignet, das Interesse der Arbeiter zu vertreten. Es sind das keine von den Arbeitern freiwillig gewählte Vertreter, sondern auf Grund des Unfallversicherungs- und Krankenkassegesetzes bereits bestimmte, ohne das Vertrauen der Arbeiter zu besitzen. Will man den Arbeitern keinen Einfluß auf die Feststellung der Fabrikordnung geben, so sage man sieber öffentlich gerade heraus: die Fabrikordnung zu erlassen ist Sache der Fabrikbesitzer. Die gestrigen Außerungen des Herrn v. Stumm beweisen, daß alles beim Aten bleiben soll. Wenn es dem Pächter nicht gefällt von der Außerung der Arbeiter Notiz zu nehmen, so müssen sie sich seinen Anordnungen fügen.

Abg. Dechelhäuser (nat.-lib.): Gegen diesen Paragraphen wird von zwei Seiten Opposition gemacht. Die Vertreter der Arbeiterverbände wollen ihrem Recht der Aufstellung der Arbeitsbedingungen nichts vergeben, die Socialdemokraten die Souveränität der Arbeitgeber durchbrechen und über Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen und den Arbeitgebern eventuell durch die Behörden entscheiden lassen. Ich stehe mit der Majorität dieses Hauses auf einem vermittelnden Standpunkt, ich will dem Arbeitgeber sein Recht nicht verschränken und dem Arbeiter das obligatorische Recht der Anhörung über seine Hausordnung einräumen. Wären die Arbeitgeber im allgemeinen wirklich die „Blutsauger“ und „Paschos“, dann hätte der Vorredner Recht. Aber zum Glück sind sie anders geartet und ihre humanitären Einrichtungen beweisen das. Sie werben daher die Ansichten, Ausstellungen und Wünsche der Arbeiter in ihren Fabrikordnungen berücksichtigen oder wenigstens ihre Ablehnung motivieren. In der Regel — ich spreche da aus großer Erfahrung — handelt der Arbeitgeber in seinem eigenen Interesse, wenn er sich mit seinen Arbeitern ins Einvernehmen setzt. Redner geht nun ausführlich auf eine Erörterung des Werthes der Arbeiterausschüsse ein, wird aber wiederholt vom Präsidenten auf den vorliegenden Gesetzestext verwiesen.

Abg. Hirsch (freil.) erwidert dem Vorredner in Vertheidigung der Gewerbevereine, die dieser angegriffen, erhält aber vom Präsidenten die gleiche Mahnung wie der Vorredner.

Abg. Möller (nat.-lib.) ist ein Gegner der Arbeiterausschüsse und ihrer obligatorischen Anhörung. Einen Antrag auf Streichung des ganzen S 134d bringe er nur wegen seiner Ausstichslosigkeit nicht ein.

Abg. Dreesbach (Soc.) verneint, um die Notwendigkeit der Mitwirkung der Arbeiter darzuthun, auf die gestrigen Darlegungen aus der Stumm'schen Arbeitsordnung. Von den humanitären Befreiungen der Arbeitgeber merke man sehr wenig. Die Wohlfahrteinrichtungen seien meistens nur Giroanstalten und gegen jede Arbeiterorganisation gerichtet.

Abg. Dechelhäuser bestreitet, daß er ein Gegner der Gewerbevereine sei.

S 134d wird unter Ablehnung des Antrages Auer angenommen.

S 134e lautet: „Die Arbeitsordnung, sowie jeder Nachtrag zu derselben ist binnen drei Tagen nach dem Erlass in zwei Ausfertigungen unter Besichtigung der Berichter, daß der Vorredner des S 134d genügt ist, der unteren Verwaltungsbehörde einzureichen. Die Arbeitsordnung ist an geeigneter, allen beteiligten Arbeitern zugänglicher Stelle auszuhangen. Der Aushang muß stets in lesbarem Zustande erhalten werden. Die Arbeitsordnung ist jedem Arbeiter bei seinem Eintritt in die Beschäftigung zu behandeln.“

Abg. Schädler (Centr.) beantragt, die Einreichung erfolgen zu lassen: „unter Mittheilung der seitens der Arbeiter geäußerten Bedenken“.

Die Abg. Auer u. Gen. beantragen, daß die Arbeitsordnung und jeder Nachtrag den Fabrikinspectoren zur Genehmigung vorgelegt werden soll; gegen die Entscheidung derselben soll binnen zwei Wochen die Beschwerde an die höhere Verwaltungsbehörde zugängig sein.

Abg. Wöllmer (freil.) beantragt, daß die Einreichung der Arbeitsordnung zu erfolgen habe mit der gleichzeitigen Erklärung, daß und in welcher Weise die Genehmigung vorgelegt werden soll; gegen die Entscheidung derselben soll binnen zwei Wochen die Beschwerde an die höhere Verwaltungsbehörde zugängig sein.

Abg. Schädler (Centr.): Die Commissionsaufsicht verhindert den Vorzug vor dem sozialdemokratischen Antrag, denn bei der Maße der Fabrikordnungen wird es kaum möglich sein, sie in der bestimmten Zeit so eingehend zu prüfen, wie nötig wäre, wenn sie der Genehmigung unterliegen sollen. Außerdem ist die Fabrikordnung in zwei Exemplaren der unteren Verwaltungsbehörde einzureichen, damit das eine dem Fabrikinspektor übergeben werden kann. Dadurch ist die Forderung des Antrages Auer leichtweise erfüllt.

Abg. Wöllmer (freil.): Der Antrag Schädler erreicht nicht soviel, wie der meinige. Aus der bloßen Mitteilung der Bedenken der Arbeiter kann sich die Behörde noch kein richtiges Bild machen; es muß ein ordentlicher Bericht über die Verhandlungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern der Behörde eingereicht werden.

Abg. Hartmann (cons.): Der Antrag Wöllmer scheint mir unbedenklich, weniger der Schädlers, der die untere Verwaltungsbehörde, welche es nur mit der Prüfung der Geschäftsfähigkeit der Sache zu thun hat, ganz unnötig beschwert. Der Antrag Auer befaßt ebenfalls die Behörden mit Dingen, welche sie nicht in allen Fällen gewachsen sein werden.

Abg. Dreesbach: Wir vertrauen den Fabrikinspectoren, wenn sie es verdienen. Uebrigens sind sie uns in der Beurtheilung der Fabrikordnung immer noch lieber, als die untere Verwaltungsbehörde, die davon nicht versteht und unter dem Einfluß der Arbeitgeber steht.

Geh. Rath Wilhelm bittet den Vorredner, dafür zu sorgen, daß auch die Arbeiter den Fabrikinspectoren das Vertrauen entgegenbringen möchten, das er soeben geäußert. Der Antrag Auer sei aber unannehmbar. Man dürfe den Wirkungskreis der Fabrikinspectoren nicht in solcher Weise ausdehnen. Auch die Annahme des Antrages Schädler empfiehlt sich nicht. Es sei ohnehin jedem Arbeiter möglich, Beschwerden bei der unteren Verwaltungsbehörde vorzubringen, und diese könne jederzeit, da eine Genehmigung der Fabrikordnung durch die untere Verwaltungsbehörde nicht vorgesehen sei, Remedy eintreten lassen. Gegen den Antrag Wöllmer habe er nichts einzuwenden.

Abg. Böttcher (nat.-lib.): spricht sich ebenfalls für den Antrag Wöllmer aus.

Bei der Abstimmung über den Antrag Schädler stellt sich die Beschrifungsfähigkeit des Hauses heraus, indem sie die Anwesenheit von nur 186 Mitgliedern ergibt, während zur Beschrifung mindestens 199 gehören. Für den Antrag Schädler stimmen 110, dagegen 76. Die Sitzung muß abgebrochen werden.

100. Sitzung vom 15. April, 3 Uhr.

Der Antrag Auer wird nunmehr gegen die Stimmen der Antragsteller und einiger Freisinnigen (Träger, Schmiede, Wöllmer, Jamhamer) abgelehnt, der Antrag Schädler wiederum mit ungewisshafter Mehrheit angenommen, ebenso der Antrag Wöllmer, und mit diesen Modifizierungen der ganze S 134e; desgleichen ohne Discussion S 134f, nach welchem nicht vorchristliche oder mit den gesetzlichen Bestimmungen in Widerspruch stehende Arbeitsordnungen und Nachträge zu denselben durch die untere Verwaltungsbehörde entsprechend abzuändern oder durch gesetzliche Arbeitsordnungen zu ersetzen sind.

Nach S 134g sollen vor Erlass dieses Gesetzes erlassene Arbeitsordnungen den Bestimmungen der §§ 134a—134c, 134e Abs. 2 und 134f unterworfen sein und binnen vier Wochen der unteren Verwaltungsbehörde in zwei Abschriften eingereicht werden. Auf Änderungen dieser Arbeitsordnungen und auf Arbeitsordnungen, welche seit dem 1. Januar 1891 erlassen sind, soll die Vorschrift der Anhörung der Arbeiter Anwendung finden.

Nach einem Antrage der Abg. Auer u. Gen. sollen sämmtliche Vorschriften dieses Gesetzes auf alle bestehenden Arbeitersordnungen Anwendung finden.

Dieser Antrag wird abgelehnt und S 134g mit einem Amendment Gutsleisch, Hartmann u. Gen. angenommen.

S 134h (Organisation der ständigen Arbeiterausschüsse) läßt als solche nur gelten 1) die Vorstände der Betriebskrankenkassen, 2) die Anknappshaftstellen von Knapphaftsvereinen, welche die nicht den Bestimmungen der Vergesetze unterschenden Betriebe eines Unternehmers umfassen; 3) die vor Erlass des Gesetzes errichteten ständigen Arbeiterausschüsse und 4) in geheimer direkter Wahl gewählte Vertretungen der volljährigen Arbeiter der Fabrik, sofern sie in ihrer Mehrheit von den Arbeitern aus ihrer Mitte gewählt und als ständige Arbeiterausschüsse bestellt sind.

Ein Antrag Auer u. Gen. will den S 134h streichen. Ein Antrag Gutsleisch (freil.) — Haken (Wolksp.) will die Vorstände von Betriebskrankenkassen nur dann als Arbeiterausschüsse gelten lassen, wenn sie durch gewählte Vertreter der den Betriebskrankenkassen nicht angehörenden Arbeiter ergänzt werden.

Ein Antrag Schmidt-Ebersfeld (freil.) will in Ziffer 3 statt „vor Erlass des Gesetzes“ schreiben: „die bereits vor dem 1. Januar 1891“.

Abg. Schmidt-Ebersfeld (freil.) tritt für die Arbeiterausschüsse ein, deren Einsicht zum Segen der Arbeiter wirken und viel fruchtbar sein werde, als die von den Socialdemokraten gewünschten Arbeiterkammern. Die Arbeiterkammern erstrecken sich über Bezirke von mehreren Hunderttausend Seelen und könnten daher für die Arbeiter nicht entfernt so nutzbar gemacht werden, wie diese selbst es wünschen müßten. Im weiteren empfiehlt Redner die beiden von ihm unterstützten Anträge.

Abg. Bebel (soc.) sieht darin, daß man von einer obligatorischen Einführung der Arbeiterausschüsse absiehe, den Beweis, daß niemand sich mehr als platonisch für dieselben erwärme. Die Arbeiterausschüsse sind nur zum Schein eine constitutionelle Einrichtung, sie sollen nur den Fabrikfeudalismus verdecken. Der Wahlmodus garantirt nicht eine Zusammensetzung der Arbeiterausschüsse, die eine wirkliche Vertretung der Arbeiter darstellt. Außerdem sind die Ausschüsse jederzeit der Nachregelung durch die Fabrikbesitzer ausgesetzt. Es soll eine Instanz geschaffen werden zur raschen und beide Zeile befriedigenden Beilegung von Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber. Den Willen dazu hätten die Socialdemokraten durch ihre Stellungnahme zu den Gewerbevereinen bewiesen. Aber in der heutigen Gesellschaft ist ein Einvernehmen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber nicht immer möglich und hielte haben die Arbeiterschäftsvereine ihre Thätigkeit zu entwickeln, welche weit freier und unabhangiger bestehen, als die Arbeiterausschüsse.

Abg. Hirsch (freil.): Von den Socialdemokraten wird oft betont, daß sie auch den Wunsch haben, daß ein freundliches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehe; nun, die Socialdemokratie hat aber einen Januskopf, mit einem friedfertigen und einem streitbaren Gesicht. Es ist nicht richtig, daß Sie jetzt gegen die Arbeiterausschüsse opposition machen. Denn alle Institutionen fangen klein an, hier ist aber das Prinzip des gemeinsamen Wirkens zwischen Arbeitgeber und Arbeiter zum Ausdruck gekommen, und wir können darin einen Schritt zum Besserwerden erblicken, deshalb werden wir für dieselben stimmen.

Geh. Rath Dohmann wendet sich gegen den Antrag Gutsleisch, dessen Fassung eine derartige sei, daß durch sein Zweck nicht erreicht werde. Derfelbe ist außerdem keine Verbesserung, sondern legt den wohlgeordneten Hilfskassen nur Unbequemlichkeiten und Weitläufigkeiten auf. Gegen den Antrag Schmidt habe ich nichts einzuwenden.

Abg. Böttcher (nat.-lib.): giebt der Hoffnung Ausdruck, daß diese Arbeiterausschüsse doch schließlich der Berichterstattung dienen werden. Man darf nicht vergessen, daß man einer Jahrhunderte langen Produktion gegenüberstehe, während man erst am Anfang dieser Gesetzeslage sei.

Abg. Bebel: Wir können in den vorliegenden Bestimmungen nur ein Palliativmittel erblicken, welches nichts helfen wird. Wenn wir gegen die Arbeiterausschüsse stimmen, so haben wir dabei die klassenbewußten Arbeiter hinter uns, und das wird immer mehr der Fall sein, je mehr man zu der Überzeugung kommt, daß die Mehrheit von einer Minderheit ausgebeutet wird.

Abg. Möller (nat.-lib.): glaubt, daß noch nicht ein Viertel der Arbeiter Socialdemokraten sind. Die Arbeiter hätten socialdemokratisch gewählt, um von den Unternehmern etwas herauszuschlagen.

Abg. Hirsch (freil.): tritt der Ausführung des Abg. Dechelhäuser entgegen, daß durch die Arbeiterausschüsse ein Kampf gegen die Socialdemokratie geführt werden sollte. Dadurch würden sie vornehmlich unpopulär gemacht. Sie sollten nur dazu befragt, eine friedlichere Stimme unter den Arbeitern hervorzuheben. Das werde aber nur geschehen, wenn bei der Bildung von Arbeiterausschüssen jede Parteilichkeit ausgeschlossen werde. Entschieden unwahr sei die Behauptung, daß die 65 000 Arbeiter der Gewerbevereine im Begriffe seien, zur Socialdemokratie überzugehen.

S 134h wird mit den redaktionellen Anträgen Gutsleisch und dem Antrag Schmidt-Ebersfeld, aber unter Ablehnung des Antrages Gutsleisch-Hähnle angenommen.

Hierauf wird die Fortsetzung der Berathung auf Donnerstag vertragt.

Deutschland.

* Berlin, 15. April. Schon vor 1½ Jahren hatte der deutsche Handelstag sich an den Staatssekretär des Reichspostamtes Dr. v. Stephan mit der Bitte gemeldet, die Gewichtsgrenze für einfache Briefe von 15 auf 20 Gramm zu erhöhen. Das Gesuch wurde abgelehnt, weil dadurch die Einheit im Weltpostverkehr gestört und ein Einnahmeausfall von 2½ Millionen Mark jährlich zu erwarten gewesen wäre. Nachdem inzwischen Österreich die 20-Gramm-Grenze eingeführt hatte und der Staatssekretär Dr. v. Stephan mit der Bitte erneut die Gewichtsgrenze für einfache Briefe von 15 auf 20 Gramm zu erhöhen. Das Gesuch wurde abgelehnt, weil dadurch die Einheit im Weltpostverkehr gestört und ein Einnahmeausfall von 2½ Millionen Mark jährlich zu erwarten gewesen wäre. Nachdem inzwischen Österreich die 20-Gramm-Grenze eingeführt hatte und der Staatssekretär Dr. v. Stephan mit der Bitte erneut die Gewichtsgrenze für einfache Briefe von 15 auf 20 Gramm zu erhöhen. Das Gesuch wurde abgelehnt, weil dadurch die Einheit im Weltpostverkehr gestört und ein Einnahmeausfall von 2½ Millionen Mark jährlich zu erwarten gewesen wäre. Nachdem inzwischen Österreich die 20-Gramm-Grenze eingeführt hatte und der Staatssekretär Dr. v. Stephan mit der Bitte erneut die Gewichtsgrenze für einfache Briefe von 15 auf 20 Gramm zu erhöhen. Das Gesuch wurde abgelehnt, weil dadurch die Einheit im Weltpostverkehr gestört und ein Einnahmeausfall von 2½ Millionen Mark jährlich zu erwarten gewesen wäre. Nachdem inzwischen Österreich die 20-Gramm-Grenze eingeführt hatte und der Staatssekretär Dr. v. Stephan mit der Bitte erneut die Gewichtsgrenze für einfache Briefe von 15 auf 20 Gramm zu erhöhen. Das Gesuch wurde abgelehnt, weil dadurch die Einheit im Weltpostverkehr gestört und ein Einnahmeausfall von 2½ Millionen Mark jährlich zu erwarten gewesen wäre. Nachdem inzwischen Österreich die 20-Gramm-Grenze eingeführt hatte und der Staatssekretär Dr. v. Stephan mit der Bitte erneut die Gewichtsgrenze für einfache Briefe von 15 auf 20 Gramm zu erhöhen. Das Gesuch wurde abgelehnt, weil dadurch die Einheit im Weltpostverkehr gestört und ein Einnahmeausfall von 2½ Millionen Mark jährlich zu erwarten gewesen wäre. Nachdem inzwischen Österreich die 20-Gramm-Grenze eingeführt hatte und der Staatssekretär Dr. v. Stephan mit der Bitte erneut die Gewichtsgrenze für einfache Briefe von 15 auf 20 Gramm zu erhöhen. Das Gesuch wurde abgelehnt, weil dadurch die Einheit im Weltpostverkehr gestört und ein Einnahmeausfall von 2½ Millionen Mark jährlich zu erwarten gewesen wäre. Nachdem inzwischen Österreich die 20-Gramm-Grenze eingeführt hatte und der Staatssekretär Dr. v. Stephan mit der Bitte erneut die Gewichtsgrenze für einfache Briefe von 15 auf 20 Gramm zu erhöhen. Das Gesuch wurde abgelehnt, weil dadurch die Einheit im Weltpostverkehr gestört und ein Einnahmeausfall von 2½ Millionen Mark jährlich zu erwarten gewesen wäre. Nachdem inzwischen Österreich die 20-Gramm-Grenze eingeführt hatte und der Staatssekretär Dr. v. Stephan mit der Bitte erneut die Gewichtsgrenze für einfache Briefe von 15 auf 20 Gramm zu erhöhen. Das Gesuch wurde abgelehnt, weil dadurch die Einheit im Weltpostverkehr gestört und ein Einnahmeausfall von 2½ Millionen Mark jährlich zu erwarten gewesen wäre. Nachdem inzwischen Österreich die 20-Gramm-Grenze eingeführt hatte und der Staatssekretär Dr. v. Stephan mit der Bitte erneut die Gewichtsgrenze für einfache Briefe von 15 auf 20 Gramm zu erhöhen. Das Gesuch wurde abgelehnt, weil dadurch die Einheit im Weltpostverkehr gestört und ein Einnahmeausfall von 2½ Millionen Mark jährlich zu erwarten gewesen wäre. Nachdem inzwischen Österreich die 20-Gramm-Grenze eingeführt hatte und der Staatssekretär Dr. v. Stephan mit der Bitte erneut die Gewichtsgrenze für einfache Briefe von 15 auf 20 Gramm zu erhöhen. Das Gesuch wurde abgelehnt, weil dadurch die Einheit im Weltpostverkehr gestört und ein Einnahmeausfall von 2½ Millionen Mark jährlich zu erwarten gewesen wäre. Nachdem inzwischen Österreich die 20-Gramm-Grenze eingeführt hatte und der Staatssekretär Dr. v. Stephan mit der Bitte erneut die Gewichtsgrenze für einfache Briefe von 15 auf 20 Gramm zu erhöhen. Das Gesuch wurde abgelehnt, weil dadurch die Einheit im Weltpostverkehr gestört und ein Einnahmeausfall von 2½ Millionen Mark jährlich zu erwarten gewesen wäre. Nachdem inzwischen Österreich die 20-Gramm-Grenze eingeführt hatte und der Staatssekretär Dr. v. Stephan mit der Bitte erneut die Gewichtsgrenze für einfache Briefe von 15 auf 20 Gramm zu erhöhen. Das Gesuch wurde abgelehnt, weil dadurch die Einheit im Weltpostverkehr gestört und ein Einnahmeausfall von 2½ Millionen Mark jährlich zu erwarten gewesen wäre. Nachdem inzwischen Österreich die 20-Gramm-Grenze eingeführt hatte und der Staatssekretär Dr. v. Stephan mit der Bitte erneut die Gewichtsgrenze für einfache Briefe von 15 auf 20 Gramm zu erhöhen. Das Gesuch wurde abgelehnt, weil dadurch die Einheit im Weltpostverkehr gestört und ein Einnahmeausfall von 2½ Millionen Mark jähr

Umgegend von Tiegenhof besuchte den Vorständen der noch immer vom Wasser umschlossenen Dörfchen Altendorf, Haberhorst und Giebendorf eine Unterstützung von ca. 13 000 Mk. in Aussicht gestellt.

* [Zum Marienburger Schleßbau] berichtet heute die „Nog.-Itg.“: Noch in diesem Frühjahr sollen die Mauern eingewölbt und bedacht werden. Die Ausmützung des Kreuzgangs durch Farben und Bildwerk soll ebenfalls im Laufe des Sommers erfolgen. Die Verzierungen des Kreuzgangs bilden gegenwärtig den Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen. Efriges Studium, gemachte Funde im Hoffschutt und in den Vermauerungen führen darauf hin, daß auch hier, wie in allen ähnlichen Kreuzgängen, so im Kloster zu Oliva und Pęplin ic. überall Mauerwerk angewendet war. Die große Anzahl von Gäulen, die man aufgefunden und die ganze Wagenladungen bilden, und der Umstand, daß diese an anderer Stelle nicht unterzubringen sind, geben Beweise genug, daß sie Bestandtheile der Deffnungen des oberen Kreuzganges sind. Das Frich'sche Kupferstichwerk und endlich ein im Königsberger Archiv vorgefundenes Gebäude-Inventar aus dem Jahre 1565 gibt die beste Bestätigung dafür; so sagt das lezte Werk von dem Kreuzgange: „es befinden sich darin 44 große Fenster ohne Scheiben und Gläser, nur in jedem kleine steinerne Pfeilerchen.“ Die aufgefundenen Gäulen sind ohne Zweifel hiermit in Verbindung zu bringen. Spuren von alten Bautheilen weisen auf durchgängige Färbung und Bemalung der Bauglieder hin. Die Einfassungen an Tischen, Fenstern und Portalen zeigen in ihren Tischen noch Reste lebhafter Farben. Diese Funde werden der Geschicklichkeit und Erfahrung des Malers Grimmer in Berlin sehr zu dienen kommen. Die Herstellung des Kreuzganges mit Kunstverglasung, Bildhauerschmuck und Bemalung ist (wie die „Danz. Itg.“ schon früher berichtet hat) auf 90 000 Mark geschätzt worden.

* [Leichenfund.] Seit ca. 14 Tagen wurde hier einheimer Tüchtigkeit und Gewissenhaftigkeit allgemein geachteter junger Privatbeamter vermisst, dessen Verschwinden sich nur durch einen rätselhaften Unglücksfall erklären ließ. Heute Vormittag ist die Leiche des Unglücklichen in der Nähe des Anlegelatzes der Krahntor-Fähre im Schäfer'schen Wasser gefunden worden.

* [Versuchter Selbstmord.] Heute Morgen sprang ein etwa 12-jähriger Knabe, der sich auf dem Wege zur Schule befand, gegenüber der Langenbrücke vom sog. „langen Lauf“ in die Motte, nachdem er seine Schulbücher auf dem Bollwerk niedergelegt hatte. In der Nähe befindliche Personen zogen ihn sofort heraus und übergaben ihn der Obhut der Polizei. Letzterer gegenüber erklärte der Knabe, daß er sich wegen ansehnlicher harter Behandlung habe ertränken wollen.

* [Müllerei-Berufsgenossenschaft.] Die westpreußische Section der deutschen Müllerei-Berufsgenossenschaft, welche nächster Tage in Dirschau ihre Jahresversammlung abhält, zählt bei Beginn dieses Jahres 1180 Betriebe (gegen 1170 ansangs 1890). Unfälle sind im ganzen 70 zur Anmeldung gelangt, von denen 4 den Tod zur Folge hatten, überhaupt verunglückten 221 Proc. aller versicherungspflichtigen Personen. An Entschädigungen wurden 13 018 Mk. gezahlt.

* [Der westpreußische Feuerwehrtag] wird in diesem Jahre am 11. und 12. Juli in Marienwerder stattfinden. Darfelde wird sich, wie schon erwähnt ist, mit dem Antrage auf Ausübung des Verbandes zu beschäftigen haben.

* [Neuer Lehrplan.] Für die hiesigen städtischen sechsjährigen Volksschulen ist jetzt ein neuer von der königl. Regierung bestätigter Lehrplan eingeführt worden.

* [Die Thurmuh der St. Marien-Kirche] ist seit gestern nicht im Gange. Dieselbe soll einer größeren Reparatur unterworfen werden und wird daher 8 bis 14 Tage außer Betrieb sein.

* [Brandstiftung.] Gestern wurde das Dienstmädchen Augustine R., welche verdächtig ist, am 6. d. bei der Witwe H., Stadtgebiet 30b., im Stallgebäude Feuer angelegt zu haben, verhaftet.

[Policebericht vom 16. April.] Verhaftet: 2 Mädchen wegen Diebstahls und 10 Obdachlose. — Gefunden: 1 Giebelbogen a 1/2 Mk. und 1 Kirchenleiterbuch, abzuholen von der kgl. Polizeidirection hier.

* [Die durch den Tod des Ansialtsgeschäftlichen Zieh am katholischen St. Marien-Krankenhaus in Marienburg erledigte Pfarrstelle ist vom Bischof von Ermland dem früheren Pfarrer Zett in Profissen verliehen worden.

v. Elbing, 15. April. Herrn Regierungspräsidenten v. Holmeste wurde Nachmittags die Mitglieder des Kreisausschusses und Magistrats vorgestellt. Von 6 Uhr an fand ein Diner im Casino statt. Der S. Schießen-Werft, der Neufeldschen Blechwarenfabrik (jetzt bekanntlich einer Actiengesellschaft gehörig) und der Cigarrenfabrik von Loeffel und Wolff, sowie dem städtischen Krankenstift und dem Diaconissen-Krankenhaus stellte Hr. v. Holmeste längere Besuch ab.

Zollheim, 14. April. Der vor länger als einem Jahre von der kgl. Regierung zu Danzig suspendierte Bürgermeister Waldhardt von hier ist von dem Oberverwaltungsgericht zu Berlin rehabilitiert worden. Die Gründe für seine Suspension sind also von genanntem Gerichte nicht für stichhaltig anerkannt worden.

Mewe, 14. April. Ein kleiner, hrr. Capitän Liedtke gehöriger Dampfer, der hinter einem größeren Dampfer im Schleppzug ging, kippte, wie das hiesige Lokalblatt meldet, am Sonnabend in Folge Reihens des Tages überhalb Mewe zwischen Wismar und Mewe und versank. Heute ist man bemüht, denselben zu heben.

König, 15. April. Heute Nacht wütete hier ein gräßliches Feuer, das die oberen Stockwerke des von Herrn Malermeister Heyn bewohnten Hauses zerstörte. Es verbrannten dabei ein großes wertvolles Tapetenlager, sämtliche Mobilien und eine Anzahl wertvoller Gemälde. — Heute fand man, wie das hiesige „Jagd.“ meldet, in einem Keller den schon seit langer Zeit an einer Geisteskrankheit leidenden Schornsteinfeger G. erhängt vor. — Dem „Gesellen“ fehlt ein hiesiger Correspondent. In einer Schöffengerichtsstellung protokollierte ein Gerichtsschreiber, der zusätzlich Dolmetscher war. Als nun im Laufe der Verhandlungen ein Dolmetscher gebraucht wurde, aber nicht gleich beschafft werden konnte, forderte der vorstehende Richter den Gerichtsschreiber auf, zu dolmetschen. Dieser weigerte sich jedoch, indem er erklärte, daß er zum Protokollieren bestimmt sei. Der Richter, über die Weigerung aufgebracht, schloß sogleich die Sitzung und erstattete Anzeige bei der Behörde. Dem Gerichtsschreiber wurde wegen der Gehorsamsverweigerung ein Verweis ertheilt, aber dem Richter legte man sämtliche Kosten der neuen Termine, vielleicht mehr als 100 Mk. zur Last.

M. Stolp, 15. April. Eine Aufsehen erregende Spielgeschiefe beschäftigte heute die hiesige Gitarfammer. Der in Rügenwalde wohnhafte Kaufmann Theodor Schwarz war als Gitarfspieler angeklagt. Es war am Abend des 18. November v. J. bei dem Hotelbesitzer Aahl in Rügenwalde hoch hergegangen. Eine größere Herrengesellschaft schwante dem Hazardspiel und der Umsch steigerte sich enorm. Einer aus der Gesellschaft, den das Pech schaerlich verfolgte, hatte bald seine ganze Baarschaft eingebüßt und war außerdem dem Angeklagten Schwarz, welcher als williger Darleher auftrat, bald 5400 Mk. schuldig geworden. Schwarz pointirte sehr fleißig, nur fiel es auf, daß immer, wenn die Karte für ihn schlug, höhere Summen standen, als wenn Schwarz verlor. Es wurde nun von einigen Herren bemerkt, daß Schwarz, sobald er zur Berechnung des auf ihn entfallenen Gewinnes den in Häuschen auf der Karte stehenden Einsatz auseinanderschob, Goldstücke, welche er in der Hand ver-

borgen gehalten, zwischen den Einsatz fallen ließ und dadurch denselben ganz erheblich vergrößerte. Diese gemeine Handlungswise trug dem p. Schwarz heute 6 Monate Gefängnis und 1000 Mk. Geldstrafe ein, während der Hotelwirth wegen Duldens von Hazardspielen mit 200 Mk. abkam.

* Der Assessor Angrick ist als Rechtsanwalt in Braunsberg zugelassen worden.

Königsberg, 15. April. Der General-Landtag der östpreußischen Landchaft beschäftigte sich in seiner gesetzigen ersten Sitzung mit dem Statut-Entwurf für das zweistufige Pfandbrief-Institut. Nach längerer Debatte wurde, wie die „Dstr. Itg.“ berichtet, folgender Beschluß gefasst: 1. das Bedürfnis der Gründung eines zweistufigen Pfandbrief-Instituts wird anerkannt. 2. Die in dem Entwurf vorgeschlagene Beleihungsgrenze (Wachser Grundsteuer-Ertrag und angemessener Kaufwert) ist anderweitig festzulegen, ebenso die Frage, ob 11/19 der landwirtschaftlichen Tage beliehen werden dürfen, einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen. 3. Das neue Institut soll event. mit einem Betriebs- und Garantiefonds von 500 000 Mk. seitens der Landchaft ausgestattet und durch Erhebung eines Quittungsgroschen (bis zu 2/1 % in 2 Jahren) der Landshaft restituiert werden. Das befügliche Statut soll dem nächsten ordentlichen Landtage der Landshaft vorgelegt werden.

* Die diesjährigen Herbstübungen des I. Armeecorps finden unweit Königsberg statt und berühren die Kreise Königsberg Land, Labiau, Mehlau, Insterburg, Gerdauen, Friedland, Heilsberg, Braunsberg, pr. Eylau. Den Divisions-Uebungen schließt sich ein dreitägiges Corpsmanöver in der Gegend von Friedland-pr. Eylau Bartenstein an.

S. Insterburg, 15. April. Gegen Abend durchzog unsere Stadt die traurige Nachricht, daß heute Morgen Herr Rittergutsbesitzer v. Gaucken-Julienfelde, im Kreise Darkehmen, von einem mehrmonatlichen Krankenlager durch den Tod erlöst sei. Diese Trauerhunde wird die freisinnige Partei von Nah und Fern tief schmerlich berühren, war der Entschlaß doch bis zur letzten Stunde der eifrige Verfechter und Förderer der freisinnigen Sache. Nicht geringe Verdienste hat derselbe sich auch um die Hebung der östpreußischen Landwirtschaft erworben, und das allseitige Vertrauen seiner Berufsgenossen war es, durch welches er nach dem vor wenigen Jahren erfolgten Tod seines nur ein Jahr älteren Bruders Curt v. Gaucken zum ersten Hauptvorsteher des landwirtschaftlichen Centralvereins für Litauen und Masurien gewählt wurde. Er sollte leider diese Stelle nur kurze Zeit ausfüllen. Eine Gehirnerkrankung, deren Anfänge sich auf seiner Rückfahrt von der vorjährigen großen Pferdeaustellung in Berlin schon bemerkbar machten, hat die seit Monaten gehalte Befürchtung über den Ausgang des Leidens zur Wahrheit gemacht. Herr v. G. ist geboren den 10. Juli 1826. Er war bekanntlich längere Zeit Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses und 1874—77 auch Mitglied des Reichstages. Später trat er auch noch einige Male als Wahlkandidat für Insterburg-Gumbinnen auf, dem „conservativen Hauch“ aber, der für Ostpreußen richtiger als reactionärer Sturm zu bezeichnen wäre, konnte er nicht Stand halten. Er war ein Sohn des rühmlich bekannten 1873 verstorbenen August v. Gaucken-Julienfelde, welcher als Mitglied der Zweiten Kammer 1849 bei der Verfassungsfrage eine wichtige Rolle spielte.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Gesternmorgen, 16. April. (W. L.) Bis jetzt liegt das Resultat der Reichstagswahl aus 81 Bezirken vor. Es haben erhalten: Fürst Bismarck 6481, Adloff (freis.) 2158, Plate (Welse) 2777, Gomalfeld (Soc.) 3664 Stimmen. Die Stichwahl gilt als sicher.

Dermischte Nachrichten.

* [Die Getreuen von Jever.] Aus Jever ist am 13. d. an den Fürsten Bismarck das alljährlich übliche Geburtstagsgeschenk von 101 Rübitzern seitens der Getreuen nach Friedrichsruh zur Absendung gelangt. Die diesjährige Widmung lautet:

Dem Fürsten Bismarck!

Wi blübt de Ollen, ümmer irz,
Willt du Di hollen lat um fröh;
Legst Du dat Süer ok ut de Hand,
Blüdt ewig duer dem Vaderland.

Jever, 1. April 1891. Die Getreuen.

Im vorigen Jahre konnte die Gabe bereits rechtlich 14 Tage früher abgesandt werden.

* [Der Stehewanderer Sylvain Dornon] scheint noch gar nicht zu wissen, daß das Publikum durch die deutschen Zeitungen von seinen kleinen Extratouren auf der Eisenbahn unterrichtet ist. Er sieht, wie er in einem am 12. April in Paris eingetroffenen Briefe berichtet, seine Reise wie ein Triumphator fort. Mit großer Emphase zählt er alle Einzelheiten der ihm dargebrachten Ovalationen auf und spricht von den Mühsalen, die er der guten Sache wegen gebuldig ertragen müsse. In den Rheinprovinzen — Sylvain Dornon kennt ebenfalls mehr als eine — und im westlichen Theile der Provinz Brandenburg sei er sehr kühl aufgenommen worden. Aber bei dem effektvollen Abgang von Berlin habe sich das Bild geändert. Die Familie des französischen Postchasters herbeite und fast die gesamte Bevölkerung Berlins habe ihm das Geleit bis zu den Thoren der Stadt gegeben. Überall sei er dann enthusiastisch aufgenommen worden, in den kleinen Städten seien selbst die Behörden herbeigeeilt um sich ihm vorstellen zu lassen. Einige Bürgermeister hätten es sich sogar zu hoher Ehre angerechnet, mit ihm speisen zu dürfen. Ja, in Friedberg, seien die Wogen der Begeisterung so hoch gestiegen, daß die Musikbande, die bei einer Hochzeit auspielen sollte, die Brautleute und Gäste im Stiche gelassen habe, um ihm, dem Stehewanderen Sylvain Dornon, vor seinem Hotel ein Ständchen bringen zu können. Auch zu Gütersloh habe er wahrgenommen, daß die meisten Einwohner selbst kleinere Städte, besonders aber die Schulmänner, sich französisch unterhielten. Leider hat Herr Sylvain Dornon anzugeben vergessen, zu welcher Zeit er diese interessanten Beobachtungen gemacht habe, ob während des kurzen Stehewanderen oder während der langen Eisenbahnsfahrt.

* [Der älteste Admiral der britischen Flotte.] Sir Provo William Parr Wallis, feierte am Sonntag seinen hundertsten Geburtstag. Schießbrand. Das durch seine reichen Kunstsäcke berühmte Schloß Boquet bei Namur ist vollständig niedergebrannt, da keine Feuerlöschergeräte vorhanden waren. Alle Gemälde und Sammlungen sind ein Opfer der Flammen geworden; nur die Rennpferde wurden gerettet. Der Verlust befeistigt sich auf 750 000 Frs.

* [Eine eigenartige Bestrafung] wird in der Pariser Garnison viel besprochen. Ein Soldat der Division des Generals Poillot de Saint Marc wurde bestraft, weil er Abends über die Kaiserinnenmauer geklettert und die Nacht auswärts verbracht hatte. Der General ließ sich das Führungsbuch des bestrafen Soldaten bringen und als er daraus ersah, daß dieser gute Kletterer in der untersten Turnkasse eingeschrieben war, bestrafte er den Hauptmann mit vier Tagen Stubenarrest, „weil dieser Untergesetz nicht richtig beurtheilt habe.“

New York, 13. April. Die Typhusepidemie greift in New York und Brooklyn noch immer weiter um sich. In Brooklyn wurden gestern 209 Personen begraben und es sind in der letzten Woche dort 630 Leute gestorben. Es ist dieses die höchste Ziffer, die

jemals in der Stadt vorgekommen ist. New York hat kaum weniger von der Seuche zu leiden. Es gibt nicht Leichenwagen genug und viele Leichen werden auf gewöhnlichen Wagen nach den Friedhöfen gefahren.

Verlosungen.

Berlin, 15. April. Serienziehung der ungarischen 100 fl. Loope: 61 155 492 584 745 749 871 1028 1196 1580 1653 1863 1962 1799 2510 2657 2875 3137 3256 3873 4166 4275 4404 4630 4830 5099 5160 5184 5231 5305 5469 5979, 100 000 fl. fielen auf Nr. 41 Ger. 5469, 10 000 fl. Nr. 44 Ger. 4166, 5000 fl. Nr. 18 Ger. 2179.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 16. April.

Crs. o. 15. ers. o. 13.

Weizen, gelb	228,00	227,00	5% Anat. fb.	89,20	89,20
April-Mai	213,50	212,00	Ung. 4% Grd.	92,20	92,10
Sept.-Oktbr.	161,70	161,40	2. Orient. A.	76,30	76,40
Roggen	86,00	86,00	4% russ. A. 80	99,20	99,30
April-Mai	188,00	187,20	Lombarden	51,90	52,20
Sept.-Oktbr.	176,20	175,50	Frankoien ..	108,90	103,50
Petroleum	per 200 fl.		Cred. Actien ..	164,60	165,00
Loco . . .	23,40	23,40	Disc. Com.	197,30	198,00
Rübel.	116,75	116,75	Deutsch. Bk.	155,20	155,50
			Laurahütte	124,00	124,90
April-Mai	61,70	61,40	Deitr. Noten	174,90	175,40
Sept.-Okt.	63,70	63,70	Russ. Noten	240,50	241,25
Spiritus	50,90	51,20	Marish. kurz	20,385	20,385
Juni-Juli	51,20	51,50	Londonlank	20,25	20,25
4% Reichs-A.	106,10	106,10	Russische 5%		
3 1/2% do.	99,20	98,90	G. B. g. A.	91,80	91,60
3% do.	86,00	86,10	Danz. Priv.		
4% Consols	105,60	105,50	Bank ..		
3 1/2% do.	99,20	99,20	D. Delmühle	143,00	143,00
3% do.	86,00	86,00	do. Prior.	125,20	125,10
3 1/2% w. pr.	96,75	96,90	Mat. S. B.	112,20	112,30
Pfandbr. .	96,75	96,90	bo. S. B.	72,50	72,10
do. neue	96,75	96,90	Östr. Südb.		
3% Ital. g. Pr.	56,80	56,90	Stamm. A.	89,00	88,40
5% do. Rente	93,10	93,10	Danz		

Neue Synagoge.

Gottesdienst.
Freitag, den 17. April. Abends
6½ Uhr.
Sonntags, den 18. April. Vor-
mittags 9 Uhr.
An den Wochentagen: Abends
7 Uhr. Morgens 7 Uhr. (7561)
Statt besonderer Mittelheilung.
Die Geburt einer Tochter be-
ehren sich anzuzeigen
Coblenz, den 13. April 1891
Brig.,
Premier-Lieutenant
im 2. Rhein. Feld-Artill.-Reg. 23
und Frau Charlotte,
geb. Baum. (7538)

Am 13. ds. Mis. ent-
schließt nach kurzem An-
klangen mein Buchhalter
herr
Adolph Hermann
Schichtmeyer
zu einem besseren Erwachen.
Seine Pflichtstreue, seine
Gewissenhaftigkeit und sein
biederes Wesen werden mir
unvergessen bleiben.
Chre seinem Andenken!
Danzig, 15. April 1891.
Wilm. Schwarm.

Heute früh 6½ Uhr ent-
schließt sanft nach längrem
Leiden am Schlaganfall
unter lieber guter Vater,
Vließgärtner, Schniegervater,
Bruder und Onkel, der
Kontier

Carl Ludwig
Eisenach
im 78. Lebensjahr.
Dieses zeigt um stille Theil-
nahme bittend an
im Namen der hinterbliebenen
Paul Eisenach.
Danzig, 16. April 1891.

Die Beerdigung findet am
Gonnag, den 19. d. Mis.,
Mittags 12 Uhr, v. Trauer-
hauses aus, nach dem alten
St. Johanniskirchof statt.

Nach langem schweren
Leiden entschlief heute Nach-
mittag 2 Uhr am Her-
bsttag unter lieber Sohn,
Bruder, Schwager und
Onkel der Braumeister
Johannes Dahms
im nicht vollendeten 38.
Lebensjahre. (7573)
Dieses zeigen, um stilles
Beleid bittend, bettend an
Stutthof, 15. April 1891.
Die hinterbliebenen.

Bekanntmachung.
Behufs Verklärung der Ge-
nuffe, welche das Schiff Idra,
Capitän Claassen, auf der Reise
von London nach Danzig erlitten
hat, haben wir einen Termin auf
den 17. April 1891.

Mittags 10 Uhr,
in unserem Geschäftskloake, Lan-
genmarkt 43, anberaumt.
Danzig, den 16. April 1891.

Königl. Amtsgericht X.

Bekanntmachung.
Behufs Verklärung der Ge-
nuffe, welche das in Reusahäuser
für Rothafen eingelaufene Schiff
Carl Behn, Capitän Krohn,
auf der Reise von Rostock nach
Riga erlitten hat, haben wir einen
Termin auf

den 17. April cr.

Mittags 10½ Uhr,
in unserem Geschäftskloake, Lan-
genmarkt 43, anberaumt.
Danzig, den 16. April 1891.

Königl. Amtsgericht X.

Auction
mit Schuhen, Stiefeln und
Leder,

Altstädt. Graben Nr. 108
am Holzmarkt.

Morgen Freitag, den 17.
April, Mittags 3 Uhr, ver-
steigere ich

150 Paar sehr elegante,
vom besten Leder auf Rand
gearbeitete Herren-, Damen-
und Kinderstiefel, sowie
4 Centner Leder,
wozu einlaide. (7568)

A. Collet,
Alg. gerichtl. vereidigter Taxator
und Auctionator,
Altst. Graben 108 am Holzmarkt.

Dämpfer Neptune und Brom-
berg laden die Sonnabend Abend
Güter in der Stadt und Reusahäuser
nach Dirschau, Neisse,
Kuriebrauk, Neuburg, Grau-
den, Schweid, Culm, Brom-
berg, Montiv, Thorn.

Überanmeldungen erbitte
Ferdinand Krahm,
Schäferei 15. (7545)

Mit
S.S. Vineta
sind Umladegüter ex

S.S. Neva

von Liverpool eingetroffen.
Die Inhaber der günstigen Ori-
ginalkonsignementen werden ge-
beten, sich freudig zu melden bei

F. G. Reinhold.

Rothe Lotterie.
Ziehung Freitag, d. 17. d. Mis.

11 Stück für 10 Mk.
empfiehlt Hermann Lau,
Wollwebergasse 21.

Hab mich hier selbst niedergelassen als
Specialarzt für Augenkrankheiten
Dr. Bogdan Wicherkiewicz,
mehrjähriger 1. Assistentarzt der Sanitätsrath Dr. Wicher-
kiewicz'schen Augenklinik in Polen.
Sprechstunden täglich Vorm. 9—11, Nachm. 3—5, an Sonn-
und Festtagen Vorm. 10—11 Uhr.
Poliklinik für Unbemittelte von 12—1 Uhr.
Langgasse 21, Galetage,
Eingang Poststraße. (7293)

Socialdemokratische Versammlung
am Freitag, den 17. April, Abends 8 Uhr,
im Kresin'schen Locale in Schilditz Nr. 29.
Tagesordnung:
Die Beschuldigungen gegen unseren Genossen Otto Jochem und
seinen Rechtsfertigung. (7547)

Hundegasse 4—5. Hundegasse 4—5.

Weinhandlung

C. H. Kiesau

empfiehlt ihr reich sortiertes Lager in
Bordeaux-, Rhein- und Moselweinen,
(Bowlenwein), Sherry, Portwein,
Madeira, Marsala, Malaga, süßen u. herben
Ungarwein u. Medicinal-Weiner,
sowie vorzüglichen alten

Rum, Arrac, Cognac,

Bunsch-Essen, Glühwein-Extract, echt Nordhäuser
Aorn, engl. Porter und Ale.
Deutsche Schaumweine aus den renommirtesten Häusern.

Görliner Rothe Kreuz-Lotterie,
Ziehung 17. April cr. a M. 1.
Loos der Elbinger Ausstellungs-
Lotterie à 1 M.
Loos der Görlitzer Pferde-
Lotterie à M. 1.
Loos der Königsberger Pferde-
Lotterie à M. 1.
Loos der Schneidemühle Pferde-
Lotterie à M. 1.
Loos der Berliner Kunstaus-
stellungs-Lotterie à M. 1 bei
In. Berlin, Berggasse Nr. 2.
N.B. Der Verkauf der Görlitzer
Loos wird bald geschlossen.

Loose

für Roth. Kreuz-Lotterie à 1 M.
für Görlitzer Pferde-Lotterie
à 1 M.

für Schneidemühle Pferde-
Lotterie à 1 M.

für Königsberger Pferde-
Lotterie à 1 M.

a 1 M. in der

Expedition d. Danziger Zeitung.

Der trebsame Lehreñen
D. Bode, Heil. Geistgasse 68, hat
jetzt die National-Grammatik für
Franzosen von Noël u. Chapal
aus Paris kommen lassen und
hat dieselbe für Deutsche mit Aus-
führungen verlesen. Liebhaber für
Französisch würden gewiss einen
Lehrbuch finden, schnell gründlich
Französisch zu lernen. Ein
Englischer ebenso große Neuheiten,
auf dem Aullah'schen Conserva-
torium ausgebildet, ertheile
ich gründlichen

Klavirunterricht.

Gelma Anop,
Baumgartische Gasse 9—11, 1 Cr.

Ein Lehrer erhält Unterricht
in Französisch und Englisch.

Auch nimmt der selbe — 2 Schüler
in Penzion. Näheres Breitgasse
Nr. 101, 2 Treppen. (7409)

Hüte.

Mein
Ausstattungs-Geschäft

für
Herren

bietet die denkbar grösste
Auswahl in modernen
dauerhaften und eleganten

Hüten

zu 3, 4 u. 5 Mk.

A. Willdorff,

Langenmarkt 30.

Federn

Wolch., Farbe-
Kräufel-Anfalt-

Pfisse-Brennerei. Striche wer-
den in allen Mustern ausgezögeln.

Colonialwaren, Weine,

Liqueure u. s. m.

in besserer Qualität zu billigsten

Preisen empfiehlt (7475)

E. Flater, Marienburg.

Johannisbeerwein

ohne Zusatz von Sprit.

Flasche ¾ Lit. Inhalt 1 M.

empfiehlt (7571)

Oscar Schützmann,

Breitgasse 22.

Gold

und Silber

kauft stets und nimmt in

vollem Werth in Zahlung

G. Geiger,

Juwelier und Königl.

vereidigter Taxator.

Goldschmiedegasse Nr. 22.

Schilder

in allen Ausführungen liefert die

Triffler-Platten- und Schilder-

Fabrik. Graben 46.

Grabgitter

in verschiedenen

Größen empfiehlt W. Kreß-

mann, Matzenbuden 22.

Dom. Mahlkau.

Bestellungen Hundegasse 23

bei Wilwers. (7529)

Unter Leitung eines Ju-

henders I. Ranges liefert nur

feinere Genres den

besseren Gländer ent-

sprechend nach deutschem,

französischem, sowie englisch-

Geschnitt.

1. Salon-Anzug 50 M.

1. Gesellschafts-Anzug 40

M. 1 eleganter Sommer-

Blaustr. 30 M. 1 hoch-

feines Blaukleid 12 M.

das Modemagazin von

Max Zielinski,

Breitgasse 22.

Gute

Dabersehe Eßkartoffeln,

vorzüglichen Haser,

beste Futter-Gerste

offerirt

Gustav Hantzsch,

Zangfuhr 78. (7572)

Ca. 100 Centner frühe

Rosencartoffeln

verhältnislich in Johannisthal, Post-

Rahlbude. (7564)

Corsets

über 300 Ds. auf Lager,

verkaufe ich zu sehr billigen

Preisen aus.

G. Böttcher,

Vortreisgasse 1.

Corsetsfabrik.

Werkzeug

Werkzeug für Badeeinrichtung hat,

schreibe an d. bekannte Fabrik

L. Wien, W. 41. Preisg. gr.

11 Stück für 10 Mk.

empfiehlt Hermann Lau,

Wollwebergasse 21.

Baigelde

für Danzig und Umgegend offerirt

John Philipp,

Hundegasse 100.

Werkzeug

Geldschrank mit Flügel-

türen und Schloßpanzertresor,

sowie einbürgige, offerirt billig-

haft, Mahkaußegasse 10.

Beilage zu Nr. 18853 der Danziger Zeitung.

Donnerstag, 16. April 1891.

Abgeordnetenhaus.

69. Sitzung vom 15. April.

Die zweite Berathung der Landgemeindeordnung wird fortgesetzt im Abschnitt VI.: Verwaltung der Landgemeinden.

Nach § 73 sollen Gemeindevorsteher und Schöffen auf 6 Jahre gewählt werden. Die Commission hat den Zusatz gemacht, daß die Gemeindevorsteigung die Anstellung eines besoldeten Gemeindevorstehers beschließen kann; dieser kann dann auch außerhalb des Kreises der Gemeindeangehörigen gewählt werden, und zwar erfolgt die Wahl auf 12 Jahre.

Abg. v. Bockelberg (cons.) will den Gemeindevorsteher auf 12 Jahre wählen lassen, während Abg. v. Huene den von der Commission beschlossenen Zusatz streichen will.

Abg. v. Huene (Centr.): Die Gemeinde muß das Recht erhalten, alle 6 Jahre wenigstens Kritik an der Aufführung des Gemeindevorstehers üben zu können. Der Zusatz ist wieder nur beschlossen mit Rücksicht auf die großen Vorstadtgemeinden; die Anstellung besoldeter Gemeindevorsteher muß aber unter allen Umständen verhindert werden. Wenn die Verwaltung einer Gemeinde so große Mühsal erfordere, daß sie die Kraft eines Mannes in Anspruch nehme, so könnte man die Entschädigung so hoch bemessen, daß sie einer Besoldung gleichkomme.

Minister Herrfurth: Gegen die Wahl der Gemeindevorsteher auf 12 Jahre muß ich mich ebenfalls erklären; dagegen scheinen mir die Bedenken gegen den Zusatz nicht durchschlagend. Gewiß kann einem Gemeindevorsteher eine erhebliche Entschädigung gewährt werden, auch ohne daß ausdrücklich die Anstellung eines besonderen Beamten beschlossen wird. Aber es kann die Stelle niemals mit einer Pensionsberechtigung verbunden werden und darauf käme es an für die Besetzung der Amtsstätte in großen Landgemeinden, die schon einen städtischen Charakter haben.

Abg. v. Bockelberg zieht seinen Antrag zurück.

Abg. Eberth (frei), beantragt, die Wahl eines besonderen Gemeindevorstehers nur in Gemeinden mit collegialischem Gemeindevorstand zuzulassen, und begründet seinen Antrag mit Hinweis auf die Bedürfnisse der Vororte bei den größeren Städten, in welchen der Umgang und die Wichtigkeit des zu bewältigenden Materials die Anstellung eines möglichst juristisch gebildeten, besoldeten Gemeindevorstehers verlangt.

Abg. Hobrecht (nat.-lib.) spricht sich zustimmend zu dem Antrage Eberth aus, der durch seine Beschränkung alle gegen die besoldeten Gemeindevorsteher geltend gemachten Bedenken beseitigte.

Abg. v. Huene (Centr.) sieht diese Bedenken durchaus nicht gehoben. Man dürfe die anomalen Verhältnisse der Berliner Vororte nicht für alle Gemeinden des Orients als maßgebend ansehen.

Abg. Eberth (frei) weist darauf hin, daß es sich nicht bloß um Berliner Vororte, sondern um alle bei größeren Industriebezirken belegenen Vororte handelt. Die burokratischen und technischen Arbeiten in den selben bedingen die Tätigkeit eines Berufsbeamten.

Abg. Krause (nat.-lib.) hält die Anstellung von besoldeten Gemeindevorstehern für eine nothwendige Consequenz des Beschlusses über die Bildung von collegialen Gemeindevorständen.

Der Antrag Eberth wird abgelehnt und entsprechend dem Antrag v. Huene der von der Commission vorgeschlagene Zusatz gestrichen.

In § 78 wird auf Antrag des Abg. v. Huene eine Änderung dahin angenommen, daß das in dritter Lesung event. wieder herzustellende mehrfache Stimmrecht der Gemeindemitglieder (§ 48) bei der Wahl des Gemeindevorstehers durch die Gemeindeversammlung zur Anwendung kommt.

Nach § 81 soll die Wahl des Gemeindevorstehers durch Zürs stattfinden können, wenn keiner der Wähler Widerspruch erhebt. — Abg. v. Huene beantragt die Streichung dieses Paragraphen.

Abg. Eberth (frei) tritt für den Antrag v. Huene ein. Die Acclamation sei eine Gefahr für die Freiheit der Wahl.

Minister Herrfurth sieht darin keine Gefahr. Wenn die Mehrheit gegen die Wahl ist, so würde wohl nicht bloß ein Widerspruch erheben.

Abg. v. Strombeck (Centr.) kann dieses Vertrauen nicht haben und bittet daher um Annahme des Antrages Huene.

Abg. v. Huene (Centr.) glaubt nach seiner Erfahrung constatiren zu können, daß sich in einer Landgemeinde jeder scheuen wird, einen Widerspruch zu erheben, wenn sie die Kraft eines Mannes in Anspruch nehme, so könnte man die Entschädigung so hoch bemessen, daß sie einer Besoldung gleichkomme.

Abg. Weber-Halberstadt (nat.-lib.) sieht diese Bedenken.

Abg. Gerlich (freicons.) hat gerade die gegenteilige Erfahrung gemacht wie v. Huene. Ob es das Recht gestatte oder nicht, tatsächlich würden seiner Erfahrung nach die meisten Schulzenwahlen durch Acclamation vorgenommen. (Hört! Hört!) Man solle die Sache doch nicht übermäßig complicieren.

Abg. Lamprecht (cons.) befürchtet von Zettelwahlen ungehörige Agitationen. Der deutsche Bauer des Orients fürchte keinesfalls, seine Meinung offen auszusprechen.

Minister Herrfurth bittet um Annahme des § 81 aus praktischen Gründen, da er eine Abkürzung des Wahlverfahrens bedeute.

Abg. v. Strombeck (Centr.) weist auf das bestehende Gesetz, sowie auf die westfälische Landgemeindeordnung hin, nach denen eine Acclimationswahl nicht bestehen.

Abg. Rickert: Diese Debatte ist ganz interessant. Ich möchte nur dem Abg. Gerlich raten, bei der Mittheilung seiner Erfahrungen etwas zurückhaltender zu sein (Heiterkeit), denn sonst würde der Minister vielleicht ein genaueres Bild von den patriarchalischen Zuständen bekommen, wie sie in manchen Kreisen unter Mitwirkung und Zustimmung der Herren Landräthe noch bestehen. (Heiterkeit.) Herr Gerlich über sieht, daß das, was er als bestehendes Recht anerkennt, soches nicht ist. Das Gesetz verlangt das Gegenteil. Weshalb wollen Sie das bestehende Recht ändern? Der Minister wird wohl erkannt haben, daß es sich nicht um eine nebensächliche Zweckmäßigkeitssfrage handelt. Man will Ruhe und Frieden — ja wohl hineinwringen dadurch, daß die Leute den Mund halten sollen. (Sehr richtig! links.) Man will der Agitation nicht Thor und Thür öffnen, d. h. man will jeden Widerspruch möglichst beseitigen. Gerade die

Gründe der Gegner des Antrags Huene müssen uns bestimmen, ihn anzunehmen. (Weißt links.)

Abg. Czarlinski (Pole) spricht sich ebenfalls gegen Zurwahl aus.

§ 81 wird darauf abgelehnt.

Nach § 83 bedürfen die Gemeindevorsteher und Schöffen der Bestätigung durch den Landrat.

Abg. v. Hennebrand (cons.) beantragt, vor der Bestätigung das Gutachten des Amtsvorstehers (Districtscommissars) zu hören.

Minister Herrfurth erklärt, daß diese Bestimmung sich nicht zur Aufnahme in dieses Gesetz eigne, die Sache könne besser durch Anweisung an die Landräthe geregelt werden.

Abg. Zelle (frei) weist darauf hin, daß der Amtsvorsteher nur in polizeilicher Beziehung der Vorgesetzte des Gemeindevorstehers sei.

Abg. v. Huene (Centr.): Der Gemeindevorsteher ist das Organ des Amtsvorstehers in Bezug auf die Polizei, deshalb ist der Amtsvorsteher wohl berufen, über ihn ein Gutachten abzugeben. Aber ich glaube auch, daß die Frage besser durch die Verwaltungsinstruktion gelöst wird.

Nachdem Abg. v. Rauchhaupt (cons.) sich für den Antrag ausgesprochen, wird derselbe mit geringer Mehrheit angenommen.

Die übrigen Paragraphen dieses Abschnitts, sowie Abschnitt VII.: Aufhebung der mit dem Besitz ge- wisser Grundstücke verbundenen Berechtigung und Verpflichtung zur Verwaltung des Schulzenamts (§§ 90 bis 99) werden ohne Debatte genehmigt.

Abschnitt VIII.: Geschäfte der Gemeindeversammlung und Gemeindevorsteigung umfaßt die §§ 100—114; es liegen hierzu einige redaktionelle Anträge des Abg. Bohr vor, die zum Theil angenommen werden.

Nach § 107 sollen die Sitzungen der Gemeindeversammlungen und Gemeindevorsteigungen öffentlich sein.

Abg. Neubarth (freicons.) will die Öffentlichkeit für die Sitzung der Gemeindeversammlungen ausschließen; die Öffentlichkeit bestehe jetzt nicht und habe auch gar keinen Zweck.

Minister Herrfurth: Die Öffentlichkeit ist nicht bloß für die stimmberechtigten Gemeindemitglieder, sondern auch für diejenigen vorhanden, welche nicht stimmberechtigt sind; denn diese Nichtstimmberechtigten werden von Gemeindeversammlungen mit vertreten und sie haben ein Recht, von den Beschlüssen der Gemeindeversammlung Kenntnis zu nehmen.

Abg. v. Rauchhaupt (cons.): Durch die Öffentlichkeit der Gemeindeversammlungen würde die Turbulenz wieder herbeigeführt werden, welche man durch Einsetzung der Gemeindevorsteigungen aus der Gemeindeversammlung entfernen wollte. Redner beantragt, durch Ortsstatut festzustellen, wann die Sitzungen der Gemeindevorsteigungen öffentlich sein sollen.

Minister Herrfurth widerspricht entschieden dem Antrage v. Rauchhaupt, und zwar aus grundsätzlichen Bedenken.

Abg. v. Meyer-Arnswalde will den § 107 ganz streichen und es beim Alten lassen.

Abg. v. Huene (Centr.): Nachdem einmal die Gemeindevorsteigungen eingeführt sind, müssen wir auch den Leuten Gelegenheit geben, die Tätigkeit der Gemeindevorsteigung zu kontrollieren.

Die Abg. Krause (nat.-lib.), Langerhans (frei)

und Hobrecht (nat.-lib.) treten für die Öffentlichkeit ein, welche Graf Strachwitz (Centr.) nur für die nicht zur Gemeinde gehörigen Personen ausschließen möchte.

Der Antrag v. Rauchhaupt wird gegen die Stimmen der Conservativen abgelehnt, der Antrag Neubarth dagegen mit 125 gegen 118 Stimmen angenommen, trotzdem Nationalliberale, Centrum, Polen, Freisinnige und einige Freiconservative gegen denselben stimmen. (Die rechte Seite ist sehr stark besetzt.)

Nach § 113 soll zur Gültigkeit der Veräußerung von Grundstücken erforderlich sein die einmalige Bekanntmachung durch die für amtliche Bekanntmachungen vorgeschriebenen Blätter oder durch ein anderes im Kreise erscheinendes Blatt.

Abg. Bohr beantragt, die Bekanntmachungen durch das Kreisblatt erfolgen zu lassen.

Abg. v. Huene (Centr.) ist damit einverstanden, spricht aber den Wunsch aus, daß die Kreisblätter mit politischem Inhalt, die so viel Unheil angerichtet hätten, verschwinden möchten.

Der Antrag Bohr wird angenommen.

Zum § 117 beantragt Abg. v. Rauchhaupt (cons.), daß die Gemeinden für Ausgaben und Einnahmen ein nach Vorschrift angelegtes Gemeinde-Rechnungsbuch führen. Die Aufstellung von Etats soll einzelnen Gemeinden durch Beschluss des Kreisausschusses aufgegeben werden.

Nach der Vorlage sollte jede Gemeinde einen Etat aufstellen.

Abg. v. Tiedemann (freicons.) meint, daß jede Gemeinde einen Etat aufstellen könne, wenigstens sei dies in Posen und Westpreußen überall der Fall, könne also auch wohl in jedem anderen Landesteile erfolgen.

Minister Herrfurth: Wenn die Rechnung des alten Jahres geprüft wird und die Einnahmen und Ausgaben nach den einzelnen Zwecken und Quellen ermittelt werden, dann hat man es schon in der Hand, einen Etat für das neue Jahr festzustellen. Die Unterlassung einer Etataufstellung wird nur die Ausnahme bilden.

Die Abg. Zelle (frei), v. Huene (cons.) und Hansen empfehlen ebenfalls die Ablehnung des Antrags v. Rauchhaupt.

§ 117 wird unverändert angenommen.

Nach § 118 soll der Kreisausschuß die Revision der Gemeinderrechnungen vornehmen. Abg. v. Richthofen (cons.) beantragt, die Revision dem Vorsitzenden des Kreisausschusses zu übertragen, weil sonst die Kreisaustrichtmitglieder mit Bureauarbeiten belastet würden.

Minister Herrfurth, sowie Abg. v. Huene erklären sich gegen den Antrag, welcher auch abgelehnt wird.

Der dritte Titel: Selbständige Gutsbezirke (§ 120—125) wird ohne Debatte erledigt.

Hierauf wird die weitere Berathung bis Donnerstag verlängert.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 15. April. Getreibemarkt. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco neuer 210—224. — Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 190—198, russ. loco ruhig, 136—140. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rüböl (unverpolzt) ruhig, loco 62. — Spiritus ruhig, per April—Mai 35½ Gd., per Mai—Juni 35½ Gd., per Juli—August 37 Gd., per Septbr.—Oktr. 37½ Gd. Kaffee ruhig. — Petroleum ruhig. Standard white

